

Marktwirtschaft und Menschenrechte –
ein Widerspruch?

Vortrag von
Dr. Otto Graf Lambsdorff

Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung

auf der Tagung
„Globalisierung – Chancen für weltweite Entwicklung“

Umweltforum Berlin, 22. Oktober 2004

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

der Schutz der Menschenrechte und die Marktwirtschaft sind eng miteinander verbunden. Sie können auf Dauer nicht allein existieren. Das sollte in einem Land, das seinen Wohlstand und seine gesellschaftliche Stabilität einer Ordnung der Freiheit verdankt, die beide Prinzipien verbindet, eine Selbstverständlichkeit sein.

Doch in der Öffentlichkeit wird oft so über dieses Thema diskutiert, als ob Marktwirtschaft und Menschenrechte Gegensätze seien. Die „Kälte“ des Marktes wird mit den individuellen Rechten der Menschen konfrontiert. Das ist besonders dann zu beobachten, wenn es um die Globalisierung und ihre Auswirkungen geht.

Einerseits wird behauptet, die Menschen würden durch den Übergang zur Marktwirtschaft entrechtet und der kapitalistischen Ausbeutung schutzlos ausgeliefert.

Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass für die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Regionen individuelle Rechte oder gar demokratische Institutionen eher schädlich seien.

Beides ist falsch und lässt sich mit zahlreichen Fakten leicht widerlegen. Beispielsweise hat sich in Chile in den letzten beiden Jahrzehnten die Menschenrechtssituation grundlegend verbessert. Das Land verfügt schon länger über eine marktwirtschaftliche Ordnung. Dazu zählt auch ein System der Altersvorsorge, das für viele andere Länder beispielgebend ist. Im Economic Freedom of the World Report rangiert das Land stabil im oberen Fünftel der Rangliste. Inzwischen sind in Chile aber auch die individuellen und die politischen Rechte in hohem Maße garantiert. Von der angesehenen NGO Freedom House hat Chile in diesem Jahr die zweithöchste mögliche Bewertung erhalten.

Ähnliches lässt sich von Südkorea, Taiwan oder vielen anderen Ländern sagen. Die Zahlen sprechen Bände: 46% der Weltbevölkerung leben in Ländern, die die individuellen und politischen Rechte ihrer Bürger garantieren. Doch diese 46% erzeugen 89% des Bruttosozialproduktes der Welt.

Was folgt daraus für die Politik?

Lassen Sie mich diese Frage in zwei Teilen beantworten.

Zunächst möchte ich auf die politischen Veränderungen eingehen, die in vielen Entwicklungsländern notwendig sind und die von uns nach Kräften unterstützt werden sollten.

Anschließend werde ich auf einen Problemkreis eingehen, der aus meiner Sicht mindestens ebenso wichtig für eine Globalisierung ist, die denjenigen Menschen zugute kommt, die heute noch in Armut leben:

Was muss getan werden, um eine Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, die einen möglichst freien Zugang zu allen Märkten gewährleistet?

Wie kann erreicht werden, dass Handelsbarrieren fallen und damit gerade die Entwicklungsländer ihre Chancen auf den weltweiten Märkten nutzen können?

Hier haben wir noch eine große Bringschuld.

Doch zunächst zurück zur Situation in den Entwicklungsländern selbst.

Die Menschenrechtssituation in einem Land kann sich nur dauerhaft verbessern, wenn es auch wirtschaftlichen Fortschritt und mehr Wohlstand gibt.

Andererseits ist der Schutz der individuellen Rechte eine notwendige Voraussetzung für die Dynamik einer Marktwirtschaft. Lassen Sie mich das an einem Begriff verdeutlichen, mit dem in Deutschland immer noch viele ein Problem haben, am Begriff des privaten Eigentums.

Ich möchte an dieser Stelle nicht in die Diskussion darüber einsteigen, inwieweit die Menschenrechte auf die klassischen negativen Freiheitsrechte beschränkt werden müssen.

Ich bin allerdings sehr skeptisch gegen jede Überdehnung des Menschenrechtsbegriffs, die sich in den sogenannten sozialen Rechten manifestiert. Eines steht jedoch fest: Eines der grundlegenden Rechte jedes Menschen ist das Recht auf Eigentum. Der große englische Philosoph John Locke, dessen dreihundersten Todestag wir in der nächsten Woche begehen, leitete aus dem Eigentumsrecht jedes Menschen an sich selbst sogar alle anderen Rechte ab. Auch aus meiner Sicht muss das Recht auf Eigentum der Kern jeder freiheitlichen Rechtsordnung sein.

Die Marktwirtschaft ist die einzige wirtschaftliche Ordnung, die sich mit individuellen Eigentumsrechten vereinbaren lässt. Sie ist gleichzeitig aber auch auf eine funktionierende Eigentumsordnung angewiesen.

Wie Hernando de Soto eindrucksvoll gezeigt hat, ist es gerade das Fehlen von garantierten und übertragbaren Eigentumsrechten, das vielen Ländern bis heute den Weg zu wirtschaftlichem Erfolg versperrt.

Nur wenn das Eigentum der Menschen geschützt ist gegen Übergriffe, seien sie krimineller Natur oder erfolgen sie durch die Staaten selbst, kann eine Marktwirtschaft funktionieren. Ganz im Gegensatz zu den Vorwürfen vieler ihrer Gegner ist sie eben kein Chaos ohne Regeln, sondern ein kompliziertes Institutionengefüge, in dem die Rechte der Einzelnen eine ganz entscheidende Rolle spielen.

Marktteilnehmer treten miteinander in Wettbewerb, gehen dabei Risiken ein, können aber gleichzeitig von ihrer Arbeit und ihrem Wissen profitieren. Unternehmergeist und Leistungsbereitschaft als Grundlagen des Wohlstandes werden durch positive Anreize befördert.

Menschen dagegen, deren körperliche Unversehrtheit, deren Freiheit und deren Eigentum nicht geschützt sind, werden sehr viele Ressourcen zu deren Schutz und nicht für eine produktive Tätigkeit verwenden. Das ist ein Zustand, den wir heute in vielen Entwicklungsländern vorfinden. Menschen, deren Rechte nicht geschützt sind, werden in vielen Fällen überhaupt von eigener Initiative abgehalten. Der Rechtsstaat ist also essentiell für die Entwicklung eines Landes.

Moderne Gesellschaften können nur erfolgreich sein, wenn sie innovativ sind und sich an die schnell wechselnden Rahmenbedingungen, die heute durch die Globalisierung gesetzt werden, anpassen können. Gerade weil die Globalisierung auch Risiken mit sich bringt, weil sie Menschen und ganze Gesellschaften zu sehr schnellen Veränderungen zwingt, ist ein stabiler Rechtsstaat so notwendig.

Oft wird unterschätzt, dass die Garantie des Eigentums und der individuellen Rechte auch für die politischen Rechte von großer Bedeutung ist. Eigentum macht Menschen unabhängiger. Sie treffen ihre politischen Entscheidungen anders als diejenigen, deren Überleben von staatlichen Leistungen abhängt. Nur wer Eigentum hat oder es erwerben kann, ist frei hat Immanuel Kant uns gelehrt.

Nur der öffentlich ausgetragene Meinungsstreit und der faire Wettbewerb um die politische Macht ermöglichen die Dynamik, die eine Gesellschaft heute braucht, um im weltweiten Wettbewerb nicht den Anschluss zu verlieren. Das gleiche gilt für die Wertordnungen, die eine wesentliche Rolle für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft spielen.

Sie werden nicht durch staatliche Gebote und Verbote erhalten, sondern durch die Weiterentwicklung von Traditionen und eine öffentliche Diskussion, in der sie immer wieder in Frage gestellt werden. Meinungsfreiheit, Presse- und Koalitionsfreiheit sind also ebenfalls unabdingbar für den langfristigen Erfolg von Gesellschaften. An dieser prinzipiellen Einschätzung ändert sich auch nichts durch Beispiele, in denen autoritäre Regimes eine gewisse Zeit mit Marktwirtschaften einhergingen.

Je dynamischer eine Wirtschaft wird, desto größer wird der Druck, gesellschaftliche Erstarrung und hemmende Machtstrukturen zu überwinden. Genau so verlief die Entwicklung in Chile.

Hier soll nicht der Eindruck entstehen, als wären Menschenrechte vor allem als Garanten von wirtschaftlicher Entwicklung wichtig. Gerade für Liberale sind sie der Ausgangspunkt ihres gesamten politischen Denkens. Der Liberalismus ist als Bewegung für die Freiheitsrechte der einzelnen Bürger entstanden, als Bewegung zur Abwehr von illegitimen Machtansprüchen staatlicher Herrscher. Deshalb sind wir Liberale auch heute nicht bereit, die Menschenrechte gegen wirtschaftlichen Fortschritt oder deutsche Export- und Investitionsinteressen aufzurechnen.

Sowohl der Schutz der Menschenrechte als auch die Ordnung der Marktwirtschaft sind aus meiner Sicht nicht auf einen bestimmten Kulturkreis beschränkt, sondern die richtigen Prinzipien für die ganze Welt. Wie viele Untersuchungen zeigen, unter ihnen der von der Friedrich-Naumann-Stiftung mitherausgegebene „Economic Freedom Report“, geht es den Menschen in Marktwirtschaften erheblich besser.

Das bezieht sich nicht nur auf ihr Einkommen, sondern auch auf ihre Lebenserwartung, ihren Bildungsstand und vieles mehr.

Von dieser Wohlstandssteigerung profitieren nicht zuletzt die Ärmsten.

Auch ihr Einkommen steigt in etwa parallel zum Durchschnittseinkommen. Das heißt für viele, dass sie sich aus der absoluten Armut befreien können. Das zeigt auch, dass die Kritik an ökonomischer Ungleichheit im Kern verfehlt ist. Große Einkommensunterschiede sind ein Teil der Marktwirtschaft und ihres Anreizsystems. Doch die wirtschaftliche Dynamik, die bei richtig gesetzten Rahmenbedingungen entsteht, verbessert die Lage der Armen viel stärker als Umverteilung und Egalitarismus. Letzterer hat in der Konsequenz noch immer zur Verarmung ganzer Länder geführt.

Gerade wenn das Hauptaugenmerk auf die Armen gelegt wird, muss daraus ein entschiedenes Plädoyer für mehr Marktwirtschaft folgen. In letzter Zeit waren positive Veränderungen in der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema zu bemerken. Für die deutsche Entwicklungspolitik lässt sich Einiges aus dem bisher Gesagten ableiten. Schon länger ist bekannt, dass viele große Projekte an den Rahmendingungen vor Ort scheitern. Es war oft zu beobachten, dass Menschen nicht zu eigenem Handeln ermutigt wurden, sondern zu Almosenempfängern der entwickelten Länder gemacht wurden. Diese Politik hat vor allem den herrschenden Eliten in vielen Entwicklungsländern genutzt, den Ärmsten der Armen dagegen, wenn überhaupt, nur zeitweise und in geringem Maße.

Hauptziel jeder Entwicklungspolitik muss es sein, Menschen dabei zu helfen, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Das können diese nur, wenn sie in den Genuss der fundamentalen Menschenrechte und einer marktwirtschaftlichen Ordnung kommen. Entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil betone ich noch einmal: Marktwirtschaft eröffnet gerade den Armen neue Chancen. Für sie sind Rechtsstaat und Eigentumsrechte die einzige Chance, dauerhaft ihre Situation zu verbessern.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die sich vor allem auf die Weiterentwicklung von Institutionen konzentriert, ist kompliziert und stößt auf viele Widerstände in den einzelnen Ländern.

Das erfahren sowohl die Friedrich-Naumann-Stiftung als auch die anderen politischen Stiftungen immer wieder. Trotzdem ist, wenn Sie mir ein wenig Werbung in eigener Sache gestatten, gerade die Arbeit der Stiftungen besonders wichtig. Sie arbeiten genau in dem Bereich, der entscheidend für die zukünftige Entwicklung ist. Sie unterstützen verschiedene gesellschaftliche und politische Gruppierungen, sie tragen damit zur Öffnung von Gesellschaften bei. Sie beraten bei der Reform oder Einführung von Institutionen, sie bieten Dialogmöglichkeiten bei Konflikten. Dabei sollen nicht einfach die Lösungen aus Deutschland oder Europa exportiert werden. Wenn ich vorhin sagte, dass Marktwirtschaft und Menschenrechte die richtigen Rezepte für die ganze Welt seien, so heißt das nicht, dass überall exakt die gleichen Formen der Organisation gewählt werden müssen. Das wäre unsinnig und schädlich.

Die grundlegenden Prinzipien müssen in Formen realisiert werden, die sowohl an die Traditionen anschließen als auch den besonderen Bedingungen eines Landes gerecht werden.

Doch dieser Verweis auf die verschiedenen Traditionen darf nicht, wie das oft geschieht, zur Rechtfertigung aller möglichen Formen von Unterdrückung missbraucht werden. Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte sind durch nichts zu rechtfertigen oder zu verharmlosen.

Das gilt für die Folter oder die Rechtlosigkeit von Frauen genauso wie für die Unterdrückung von ethnischen oder religiösen Minderheiten.
(Anwar Ibrahim)

Doch jetzt zum zweiten wichtigen Komplex, der für eine Globalisierung notwendig ist, die langfristig allen Menschen zugute kommt. Die reichen Industriestaaten haben eine Verpflichtung, die wahrscheinlich wichtiger ist als alles, was wir auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik tun können.

Wir müssen aufhören, den aufstrebenden Ländern unsere Märkte zu verschließen und damit deren Bevölkerungen riesige Wohlfahrtschancen zu rauben. Wenn wir – zu Recht – Marktwirtschaft predigen, müssen wir uns auch an diese Regeln halten. Es gibt Berechnungen, die zeigen, dass die Verluste, die Entwicklungsländer durch diese Politik erleiden, um ein Mehrfaches höher sind als die gewährte Entwicklungshilfe. Allerdings stehen auch die Entwicklungsländer in der Pflicht, Handelshemmnisse abzubauen. Das wichtigste Instrument dazu ist die WTO.

Bilaterale oder regionale Handelsabkommen können kein Ersatz für die WTO sein.

Sie bringen zwar den beteiligten Ländern eine Liberalisierung des Handels, haben aber eine wettbewerbsverzerrende Wirkung für alle anderen Länder. Multilaterale Lösungen bieten auch mehr Schutz für kleinere und schwächere Partner, deren Interessen in regionalen Verbänden gegen übermächtige Partner sehr viel schwerer durchzusetzen sind. Schließlich lenken regionale Verhandlungen die politische Aufmerksamkeit von den umfassenden Liberalisierungen ab, die im Rahmen der WTO möglich sind.

Bis zu diesen ist es noch ein weiter Weg, wenn es jetzt auch einigen Grund zum Optimismus gibt. Das sogenannte „Juli-Paket“ des Allgemeinen Rates der WTO bietet Chancen für die weiteren Verhandlungen. Die EU hat sich endlich bei den Agrarexportsubventionen etwas bewegt. Doch liegt hier, wie bei anderen Verhandlungsgegenständen, der Teufel im Detail. Noch immer betragen die durchschnittlichen Zölle der OECD-Länder auf die landwirtschaftlichen Produkte der Entwicklungsländer 15%.

Im Gegensatz dazu gab es beim Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte noch keine Fortschritte. Dieser ist jedoch für Länder auf dem Weg der Industrialisierung von besonderer Bedeutung. Gerade in Bereichen wie der Textilindustrie hat der wirtschaftliche Aufschwung vieler Länder seinen Anfang genommen.

Leider ist parallel zu den langsamen Fortschritten bei den WTO-Verhandlungen viel Protektionismus in neuem Gewand zu beobachten – sei es als Anti-Dumping-Regeln oder als Durchsetzung von sogenannten Sozialstandards.

Unter dem Label des Anti-Dumpings wird in vielen Fällen sowohl von der EU als auch von den USA Klientelpolitik für inländische Großunternehmen gemacht. Hier mangelt es an klaren Regelungen und Definitionen, die den Missbrauch verringern.

Sozialstandards sind ebenfalls schädlich – gerade wegen ihres wohlklingenden Namens. Sie sind ein Instrument, das vielen Ländern ihre Wettbewerbsvorteile raubt, aber den Ärmsten, die es zu schützen vorgibt, nichts nützt. Deshalb ist die Bezeichnung „handelspolitischer Imperialismus“, mit der der indische Finanzminister diese Politik einmal belegte, gerechtfertigt. Diese gleichmacherische Politik ist wettbewerbs- und damit wohlstandsfeindlich.

Auch in den Vereinigten Staaten sind in letzter Zeit verstärkt protektionistische Tendenzen zu beobachten. Die Stahlzölle sind nur ein Beispiel.

Es stimmt auch bedenklich, wenn der Präsidentschaftskandidat John Kerry auf Distanz zum Instrument der Fast-Track-Authority bei Handelsabkommen geht, dem er im Senat noch zugestimmt hatte.

Solange die wohlhabenden Industriestaaten nicht mehr leisten, um die WTO-Verhandlungen voran zu bringen, solange sie nicht ihre Märkte weiter öffnen, gehen große Wohlstandschancen verloren. Durch eine Politik, die die mangelnde Reformbereitschaft und Dynamik der reichen Volkswirtschaften auf dem Rücken ärmerer Staaten zu kompensieren versucht, wird der ganze Prozess der Globalisierung in Frage gestellt.

Große Teile der Globalisierungskritik beziehen sich nämlich auf Phänomene, die nicht auf zu viel Marktwirtschaft und Freiheit, sondern auf zu wenig davon zurückzuführen sind. Das bedeutet, dass der Kampf gegen Protektionismus und für eine Weiterentwicklung der Welthandelsordnung gleichzeitig ein Kampf für mehr Wohlstand und Freiheit ist.

Er ist neben dem Eintreten für Marktwirtschaft und Menschenrechte überall auf der Welt der wichtigste Beitrag, den wir leisten können, um immer mehr Menschen auf der Welt ein eigenverantwortliches Leben in Würde zu ermöglichen. Nur die Dynamik des Wettbewerbs eröffnet den Menschen, dauerhaft ihrer Armut zu entkommen.